

Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)



Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

E-Mail: recht-post@e-control.at

Wien, 30.04.2025

Stellungnahme der AGCS zum Begutachtungsentwurf der GMMO-VO 2020 – Novelle 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Begutachtungsentwurf nimmt AGCS Gas Clearing and Settlement AG (AGCS) binnen offener Frist, wie folgt, Stellung. Wir erlauben uns nicht nur Anmerkungen zu den konkret geplanten Änderungen vorzunehmen, sondern ein umfassenderes Feedback auch betreffend Änderungsvorschläge, welche AGCS bereits in vergangenen Konsultationen und Besprechungen mit E-Control angeregt hat, abzugeben.

Zu „Ausnutzung des Netzpuffers für freie Speicherkapazitäten“

§ 31a.

(3) Sofern für ein Marktgebiet die Notfallstufe im Sinne des Art. 11 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) 2017/1938 ausgerufen wurde, hat der MVGM nach Ausnutzung des Netzpuffers freie Speicherkapazitäten, die für die Beschaffung der strategischen Gasreserve gemäß § 18a GWG 2011 zur Verfügung stehen, zur Netzpufferung heranzuziehen.

Mit dieser Regelung wird es ermöglicht, Überlieferungsmengen der Bilanzgruppen, die eigentlich von der Bilanzierungsstelle an der Börse täglich verkauft werden sollten, in frei verfügbare Speicherkapazitäten der strategischen Gasreserve, zu übertragen. Offensichtlich ist geplant, dass diese Weitergabe von Gasmengen des BKO (bezogen und abgerechnet mit den überliefernden Bilanzgruppen) an die „ASGM Austrian Strategic Gas Storage Management GmbH“ ohne Abrechnung erfolgen soll.

Die Aufgabe der Clearingstelle ist es, die Differenzmengen mit den Bilanzgruppen abzurechnen und Überlieferungsmengen der Bilanzgruppen an diese zu vergüten. Sollten die Überlieferungsmengen nicht an der Börse verkauft werden, sondern ohne Abrechnung in Speicher der strategischen Gasreserve verbracht werden, mangelt es der Clearingstelle an den notwendigen entsprechenden Erlösen für die Abrechnungen mit den Marktteilnehmern.

Die Bilanzierungsstelle ist nicht damit beauftragt und auch nicht finanziell ausgestattet, die Beschaffung weiterer strategischer Gasmengen zu finanzieren. Eine solche Vorgehensweise wäre nur möglich, wenn die Menge dafür mit der „ASGM Austrian Strategic Gas Storage Management GmbH“ abgerechnet wird.

Die Abrechnung müsste täglich erfolgen, da ja auch die Verkäufe an der Gasbörse täglich abgerechnet werden und der tägliche Cash-Flow für die AGCS wesentlich und damit gesichert wäre.

Der GMMO-VO Vorschlag ist nicht ganzheitlich durchdacht, und wird Clearingdefizite verursachen bzw. das Clearing verunmöglichen.

Gasabzweigemaßnahmen, ob für Netzpufferung oder andere Zwecke aus dem Bilanzierungssystem Richtung strategische Gasreserve ohne Verrechnungen, dürfen nicht stattfinden.

Wir schlagen daher vor, § 31a (3) zu streichen oder um eine Abrechnungsregelung zu ergänzen.

§ 31a

*(3) Sofern für ein Marktgebiet die Notfallstufe im Sinne des Art. 11 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) 2017/1938 ausgerufen wurde, ist der MVGM nach Ausnutzung des Netzpuffers freie Speicherkapazitäten, **berechtigt** die für die Beschaffung der strategischen Gasreserve gemäß § 18a GWG 2011 zur Verfügung stehen, zur Netzpufferung heranzuziehen.*

Der tägliche Saldo der Netzpufferung unter Nutzung der freien Speicherkapazitäten der strategischen Gasreserve wird von der Bilanzierungsstelle im Rahmen des Clearings mit der ASGM Austrian Strategic Gas Storage Management GmbH zum Tagesbörsereferenzpreis monatlich abgerechnet.

Zu „Informationen zum individuellen Bilanzgruppenstatus“

§ 33.

(1) Der MVGM stellt den Bilanzgruppenverantwortlichen Informationen zum individuellen Bilanzgruppenstatus in einer webbasierten Plattform bereit.

(2) Der MVGM stellt der Bilanzierungsstelle Informationen zum individuellen Bilanzgruppenstatus mittels einer elektronischen Schnittstelle zur Verfügung.

Hier ersuchen wir sicherzustellen, dass der MVGM – unabhängig von der Nutzung der MVGM- Option – den Bilanzgruppenstatus täglich auch an die Bilanzierungsstelle übermittelt. Die Bilanzierungsstelle benötigt diese Daten im Rahmen des Risikomanagements zur Ermittlung der offenen Positionen und der daraus entstehenden Risikoanforderungen an den BGV.

Zu „Ergänzendes untertätiges Anreizsystem“

§ 23.

(1) In Ergänzung zum täglichen Ausgleichsenergiepreis gemäß § 22 unterliegen Bilanzgruppenverantwortliche auch einem untertägigen Anreizsystem. Dieses sieht vor, dass diese ergänzend je Bilanzgruppe einen Kostenbeitrag zur untertägigen Strukturierung der stündlichen Differenzmengen ihrer Bilanzgruppe zu leisten haben. Das untertägige Anreizsystem kommt grundsätzlich nur zur Anwendung, wenn der MVGM am jeweiligen Gastag gegenläufige Abrufe von physikalischer Ausgleichsenergie durchführen musste. In Ergänzung zum täglichen Ausgleichsenergiepreis gemäß Paragraph 22, unterliegen Bilanzgruppenverantwortliche auch einem untertägigen Anreizsystem. Dieses sieht vor, dass diese ergänzend je Bilanzgruppe einen Kostenbeitrag zur untertägigen Strukturierung der stündlichen Differenzmengen ihrer Bilanzgruppe zu leisten haben. Das untertägige Anreizsystem kommt grundsätzlich nur zur Anwendung, wenn der MVGM am jeweiligen Gastag gegenläufige Abrufe von physikalischer Ausgleichsenergie durchführen musste.

(2) Ausgangspunkt der Ermittlung des Kostenbeitrag gemäß Abs. 1 sind die stündlichen Differenzen zwischen den Ein- und Ausspeisemengen einer Bilanzgruppe. Diese stündlichen Differenzen werden über den Gastag kumuliert (kumulierte stündliche Differenzmenge) und für jede Stunde einer Toleranzmenge gegenübergestellt. Die Toleranzmenge je Bilanzgruppe beträgt für jede Stunde vier Prozent der allokierten Ausspeisungen an Endverbraucher gemäß § 21 Abs. 1 Z 6 an diesem Tag. Ausgangspunkt der Ermittlung des

Kostenbeitrag gemäß Absatz eins, sind die stündlichen Differenzen zwischen den Ein- und Ausspeisemengen einer Bilanzgruppe. Diese stündlichen Differenzen werden über den Gastag kumuliert (kumulierte stündliche Differenzmenge) und für jede Stunde einer Toleranzmenge gegenübergestellt. Die Toleranzmenge je Bilanzgruppe beträgt für jede Stunde vier Prozent der allokierten Ausspeisungen an Endverbraucher gemäß Paragraph 21, Absatz eins, Ziffer 6, an diesem Tag.

(3) Mengenmäßige Berechnungsbasis für den Kostenbeitrag eines Gastages (Überschreitungsmenge) ist die Summe der jeweiligen, stündlichen Überschreitungen der Toleranzmenge durch die kumulierte stündliche Differenzmenge.

(4) Der spezifische Kostenbeitrag entspricht grundsätzlich der Differenz zwischen den mengengewichteten Durchschnittspreisen für physikalische Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. –verkäufe des MVGM am jeweiligen Gastag gemäß § 28 Abs. 2 Z 1 und ist minimal Null. Dieser ist in Cent/kWh anzugeben und auf mindestens drei Kommastellen kaufmännisch zu runden. Der spezifische Kostenbeitrag entspricht grundsätzlich der Differenz zwischen den mengengewichteten Durchschnittspreisen für physikalische Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. –verkäufe des MVGM am jeweiligen Gastag gemäß Paragraph 28, Absatz 2, Ziffer eins und ist minimal Null. Dieser ist in Cent/kWh anzugeben und auf mindestens drei Kommastellen kaufmännisch zu runden.

(5) Der absolute Kostenbeitrag eines Bilanzgruppenverantwortlichen ergibt sich durch Multiplikation des spezifischen Kostenbeitrags gemäß Abs. 4 mit der Überschreitungsmenge gemäß Abs. 3. Die Bilanzierungsstelle hat dabei sicherzustellen, dass die Summe der Kostenbeiträge sämtlicher Bilanzgruppenverantwortlicher für einen Gastag jedenfalls auf die resultierenden Gesamtkosten der Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. –verkäufe zum Zwecke der Strukturierung an diesem Gastag beschränkt ist. Der absolute Kostenbeitrag eines Bilanzgruppenverantwortlichen ergibt sich durch Multiplikation des spezifischen Kostenbeitrags gemäß Absatz 4, mit der Überschreitungsmenge gemäß Absatz 3, Die Bilanzierungsstelle hat dabei sicherzustellen, dass die Summe der Kostenbeiträge sämtlicher Bilanzgruppenverantwortlicher für einen Gastag jedenfalls auf die resultierenden Gesamtkosten der Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. –verkäufe zum Zwecke der Strukturierung an diesem Gastag beschränkt ist.

(6) MVGM und Bilanzierungsstelle führen jährlich eine Evaluierung des ergänzenden untertägigen Anreizsystems mit Fokus auf die relevanten Parameter durch und übermitteln einen Bericht an die Regulierungsbehörde.

Die Regelung zur Anreizregulierung sollte vereinfacht werden. Daher empfehlen wir eine Abstimmung zwischen E-Control, MVGM und Bilanzierungsstelle, um die Wirkung des Strukturierungsbeitrages und etwaige Änderungen zu evaluieren.

Folgende Punkte sind aus unserer Sicht dabei zu berücksichtigen:

- Es soll ermöglicht werden, die Rechnung des Strukturierungsbeitrages auszusetzen, falls die gegenläufigen Abrufe des MVGM aufgrund technischer Probleme verursacht wurden. Die Beobachtung der Verrechnung im Laufe der Zeit zeigte, dass auch technische Probleme bzw. Kommunikations- und Datenprobleme bei einem Marktteilnehmer oder dem MVGM gegenläufige Abrufe auslösen können. In diesem Fall werden Kosten, an die das Toleranzband überschreitenden Marktteilnehmer verrechnet, obwohl durch deren Verhalten ein gegenläufiger Abruf eventuell nicht notwendig gewesen wäre. In solchen Fällen erachten wir die Verrechnung von Strukturierungsentgelten als nicht gerechtfertigt und es sollte dann darauf verzichtet werden, die Marktteilnehmer mit einer derartigen Verrechnung zu belasten.
- Die Verrechnung der Strukturierungsbeiträge ist generell gering und relativ selten und bewegt sich für einzelne Tage im Bereich von zig Tausend EUR.

- Weiters möchten wir betreffend Strukturierungsbeiträge noch folgende Änderung vorschlagen. Strukturierungsbeiträge sollten im 2. Clearing nicht mehr geändert werden. Messwertkorrekturen im 2. Clearing führen bei den Marktteilnehmern auch beim Strukturierungsbeitrag zu geringfügigen Korrekturen. Diese Kleinverrechnungen sollten vermieden werden.
- Weiters sollten Änderungen des Strukturierungsbeitrages bei Shippern im 2. Clearing vermieden werden, da wir Sicherheiten für die Marktteilnehmer noch längerfristig einbehalten müssten, von BGVs deren Vertrag gekündigt wurde und die bereits den Gasmarkt verlassen haben. Der Anreizmoment des Strukturierungsentgelts besteht vor physischer Erfüllung und wird im 1. Clearing abgerechnet. Minimale Korrekturrechnungen nach 15 Monaten machen wenig Sinn.
- Wir möchten vorschlagen, die Berechnung des Strukturierungsentgelts eventuell zu vereinfachen.

„Die Bilanzierungsstelle hat dabei sicherzustellen, dass die Summe der Kostenbeiträge sämtlicher Bilanzgruppenverantwortlicher für einen Gastag jedenfalls auf die resultierenden Gesamtkosten der Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. – verkäufe zum Zwecke der Strukturierung an diesem Gastag beschränkt ist“.

Wir haben es in Summe mit einer nicht notwendigen komplexen Regelung zu Strukturierungsbeiträgen zu tun. Die Strukturierungsthematik betrachtend würden wir eine Vereinfachung anregen.

Zu „Physikalische Bilanzierung“

§27.

(1) Der Einsatz von Netzpuffer (Netzpufferung) stellt die primäre Maßnahme zur physikalischen Bilanzierung der Netze im Marktgebiet dar. Dessen effiziente Nutzbarkeit ist über die gemäß § 67 GWG 2011 abzuschließenden Netzkopplungsverträge und vertragliche Vereinbarung der Rechte und Pflichten zwischen MVGM, Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern sicherzustellen. Der Einsatz von Netzpuffer (Netzpufferung) stellt die primäre Maßnahme zur physikalischen Bilanzierung der Netze im Marktgebiet dar. Dessen effiziente Nutzbarkeit ist über die gemäß Paragraph 67, GWG 2011 abzuschließenden Netzkopplungsverträge und vertragliche Vereinbarung der Rechte und Pflichten zwischen MVGM, Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern sicherzustellen.

(2) Der MVGM ermittelt durch Aggregation der von den Fernleitungsnetzbetreibern stündlich gemäß § 32 Abs. 5 Z 2 und auf der Basis der von den Verteilernetzbetreibern zur Verfügung gestellten Basisdaten den nutzbaren, aggregierten Netzpuffer des Marktgebiets. Der MVGM ermittelt durch Aggregation der von den Fernleitungsnetzbetreibern stündlich gemäß Paragraph 32, Absatz 5, Ziffer 2 und auf der Basis der von den Verteilernetzbetreibern zur Verfügung gestellten Basisdaten den nutzbaren, aggregierten Netzpuffer des Marktgebiets.

(3) Der MVGM nutzt den Netzpuffer des Marktgebiets gemäß Abs. 2 in Abstimmung mit den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern für den Ausgleich kurzfristiger Druckschwankungen sowie zur Überbrückung der Strukturierungserfordernisse im Marktgebiet bis zur physikalischen Erfüllung seiner allfälligen Ausgleichsenergieabrufe. Der MVGM nutzt den Netzpuffer des Marktgebiets gemäß Absatz 2, in Abstimmung mit den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern für den Ausgleich kurzfristiger Druckschwankungen sowie zur Überbrückung der Strukturierungserfordernisse im Marktgebiet bis zur physikalischen Erfüllung seiner allfälligen Ausgleichsenergieabrufe.

(4) Die Fernleitungsnetzbetreiber sind verpflichtet, das maximal technisch mögliche Volumen des Netzpuffers der Fernleitungen, unter Berücksichtigung der Netzintegrität sowie vertraglicher Verpflichtungen, für den MVGM nutzbar zu machen. Um den Fernleitungsnetzbetreibern die Berechnung zu ermöglichen, nominiert der

MVGM bei den Fernleitungsnetzbetreibern stündliche Werte für die von ihm geplante Inanspruchnahme des Netzpuffers der Fernleitungen.

(5) Der Umfang der Nutzung des Netzpuffers sind durch die Fernleitungsnetzbetreiber sowie den MVGM angemessen zu dokumentieren. Der MVGM und die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichten sich, die Salden der Netzpuffer- bzw. OBA-Konten im Wege der Nutzung des jeweiligen Netzpuffers oder von Ausgleichsenergieabrufen gemäß § 28 zeitnah zurückzuführen. Der Umfang der Nutzung des Netzpuffers sind durch die Fernleitungsnetzbetreiber sowie den MVGM angemessen zu dokumentieren. Der MVGM und die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichten sich, die Salden der Netzpuffer- bzw. OBA-Konten im Wege der Nutzung des jeweiligen Netzpuffers oder von Ausgleichsenergieabrufen gemäß Paragraph 28, zeitnah zurückzuführen.

(6) Die Vorhaltung und der Einsatz von Regelernergie aus Netzkopplungsverträgen werden weder bilateral zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern sowie zwischen Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern noch vom MVGM bzw. von der Bilanzierungsstelle gesondert vergütet.

Netzpuffermengen dienen noch vor dem physikalischen Abruf dem Ausgleich im Bilanzierungssystem. Diese Mengen müssen ähnlich transparent dargestellt werden wie die Ausgleichsenergieabrufe von Börse oder Merit Order List. Der Stand des Netzpuffers stellt Forderungen bzw. Verbindlichkeiten des Bilanzierungssystems gegenüber den Fernleitungsnetzbetreibern dar und soll am Umlagekonto dargestellt werden. Diese Mengen stellen Ausgleichsenergieressourcen dar und werden als Forderungen und Verbindlichkeiten am Jahresende in den Bilanzen der betroffenen Unternehmen veröffentlicht.

Aus unserer Sicht sollte der Stand der Netzpufferdaten als Tageszeitreihe an die Bilanzierungsstelle übermittelt und von dieser veröffentlicht und am Umlagekonto dargestellt werden.

Zu „Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen“

§ 18a.

(1) Die von einem Mitgliedsstaat nach Art. 3 Abs. 2 Verordnung (EU) 2017/1938 zur Abwicklung der Solidaritätslieferungen betrauten Stelle hat im Marktgebiet eine Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen (BG-S) einzurichten. Für die Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen sind die Regelungen des § 90 bis § 94 GWG 2011 sinngemäß anzuwenden.

(2) Für die Abwicklung von Solidaritätslieferungen ist eine gesonderte Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen (BG-S) einzurichten.

Die Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen für eine Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätsmaßnahmen (BG-S) nach Abs. 2 Z 1 bedarf keiner Genehmigung gemäß § 93 GWG 2011.

(3) Über die Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen können ausschließlich Solidaritätslieferungen im Rahmen einer Solidaritätsanfrage nach Art. 13 Abs. 3 Verordnung (EU) 2017/1938 abgewickelt werden. Der Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen können keine anderen Bilanzgruppenmitglieder zugeordnet werden. Für Solidaritätslieferungen sind dem solidaritätsanfordernden Mitgliedsstaat im Sinne des Art. 13 Abs 3 Verordnung (EU) 2017/1938 nur Gasmengen auf Basis der Instrumente des § 28 Abs. 2 Z 2 und Z 3 anzubieten.

(4) Für die Bilanzgruppe zur Abwicklung von Solidaritätslieferungen kommen in Bezug auf die Bilanzierungsumlage, das Clearingentgelt, die Hinterlegung von Sicherheiten und die Bonitätsprüfung gesonderte Regelungen zur Anwendung.

Die Markttrollen sind durch den Gesetzgeber im GWG definiert. Diese Rollen gewährleisten eine klare und allen Marktteilnehmern bekannte Abwicklung. In den unterschiedlichen Stufen der SOS-Abwicklung vor allem in der marktbasierter Stufe - in welcher der ausländische SOS-Akteur auf Börsenmengen sowie MOL-Abrufe zurückgreifen kann - hat der SOS-Akteur gemäß GWG die Rechte und Pflichten als

Bilanzgruppenverantwortlicher. Somit ist eine sichere und klar definierte Abwicklung durch alle Marktteilnehmer gewährleistet.

Es zeigt sich auch am Beispiel Deutschland, dass hier die ausländischen SOS-Akteure als Bilanzkreisverantwortliche registriert sein müssen.

Diese Regelung wäre aus Sicht der AGCS auch in Österreich beizubehalten. Die Rolle entspricht dem GWG und wäre für die Einfachheit der Abwicklung in Krisenzeiten wichtig. Dies noch vor dem Hintergrund, dass zukünftig alle Nachbarstaaten SOS-Abkommen abzuschließen haben.

AGCS ersucht um Berücksichtigung ihrer Anmerkungen und Anregungen und steht für Diskussionen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

AGCS Gas Clearing and Settlement AG

[Redacted signature block]

[Redacted signature block]